Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268, Kaden & Comp.

Organ für das der werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden, Bank d. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, AG., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“ sowie der illustrierten Wochenendbeilage „Der Sonntag“ monatlich 2.40 M. einschl. 45 Pf. Bringerlohn. Der den „Sonntag“ 2 M. einschl. 35 Pf. Bringerlohn. (Ohne mit „Sonntag“ 1.95 M. zuzüglich Post- und Zustellungsgebühren.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 M., abzüglich Preissenkung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefniederleg. 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 141 | Dresden, Sonnabend, den 18. Juni 1932 | 43. Jahrgang

Gegensätze in Lausanne

Verfrühte Triumphfanfaren der Rechtspresse

Erst Sicherheit, dann Wirtschaftsfriede

Frankreichs Standpunkt

T. Lausanne, 17. Juni. (Eig. Drahtb.)

Nachdem der Führer der deutschen Delegation, Reichskanzler von Papen, seine Rede beendet hatte, erwiderte der französische Ministerpräsident Herriot u. a.:

Wenn die deutsche Delegation das Recht habe, ihre Interessen zu verteidigen, so dürfe Deutschland nicht die Schwierigkeiten der anderen Länder übersehen. Er erklärte sich sehr befriedigt über Macdonalds Ausführungen. Die Basis dieser Konferenz müsse der Bericht von Basel sein. Dieser Bericht sei das Gesetz der Lausanner Konferenz. Deutschlands Schwierigkeiten seien in weitestem Maße die Ursache der Krise in der Welt. Die Regelung sei für Europa allein nicht möglich, sondern nur im Rahmen der ganzen Welt. Aber in Basel sei festgestellt worden,

daß Deutschland eine vorzügliche industrielle Ausrüstung aufgebaut habe und sich sicher erholen werde. Für eine dauerhafte Regelung müsse man den ganzen Bericht von Basel nehmen. Man müsse die Gegenwart beachten und die Zukunft vorbereiten.

Herriot schilderte dann, wie begünstigt Deutschland gegenüber Frankreich und England sein würde, wenn ihm die Reparationsschulden erlassen würden.

Frankreich betone, daß die Reparationsfrage nicht nur eine französisch-deutsche Angelegenheit sei. Auch andere Länder bekämen bei Streichung, genau wie Frankreich, ungerechte Lasten auferlegt. Das Reparationsproblem stelle sofort das der europäischen Wirtschaft zur Debatte, die im allgemeinen abbauen müsse. Frankreich habe seine Ideen, aber es wolle keinen Plan aufdrängen. Klar liege es nur, daß ohne Verzug ein Plan aufgestellt werden müsse. Es sei überzeugt, daß

die Streichung der Reparationen nicht die wirksame und gerechte Lösung des in Lausanne gestellten Problems darstelle.

Es sei ein Irrtum, daß die Streichung das Gleichgewicht wiederbringe. Für die Herbeiführung des Gleichgewichts müsse die Sicherheit hergestellt werden. Ohne Wirtschaftsfrieden kein politischer, aber ohne politischen Frieden kein wirtschaftlicher. Daher werde die Milderung des Systems der abgeschlossenen Volkswirtschaften, die Mäßigung der Einschränkungsmaßnahmen viel sicherer das gesteckte Ziel erreichen als summarische Maßnahmen. Die notwendige Aktion überschreite um vieles das alleinige Problem Deutschlands.

Als letzter Redner des Vormittags sprach der englische Finanzminister Neville Chamberlain, der Englands Entschlossenheit ausdrückte, die Grundlagen einer dauernden Regelung zu legen. Dafür wolle England in Gemeinschaft mit allen anderen Parteien der Konferenz beitragen. Ohne Rücksicht auf die Lasten, unter denen jetzt schon Englands Volk seufzt, wolle die Regierung nicht zögern, ein weiteres Opfer zu bringen, um normale Bedingungen für die gesamte Welt wieder herbeiführen zu helfen.

*

Lakonische Erklärung Hoovers

U. Neuyork, 17. Juni. (Eig. Drahtb.)

Nach der Erklärung der fünf Mächte in Lausanne, daß während der Dauer der Konferenz Reparationszahlungen und Schuldenzahlungen nicht erfolgen sollen, hat Präsident Hoover den Führern der Mächte in Lausanne mitgeteilt, die Regierung der Vereinigten Staaten sei gewillt, Verhandlungen mit den europäischen Schuldnermächten über Zahlungserleichterungen aufzunehmen, falls die europäischen Länder untereinander eine annehmbare Reparationsregelung vereinbaren sollten.

*

Herriots Bericht vor dem Ministerrat

P. Paris, 18. Juni. (Eig. Funkspr.)

Herriot ist heute früh kurz nach 7 Uhr in Paris eingetroffen. Vormittags findet im Elysée unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat statt, in dem Herriot über die Lausanner Konferenz Bericht erstatten wird.

Herrn von Papens Entgleisung

Der erste eigentliche Arbeitstag der Lausanner Konferenz hat mit aller Deutlichkeit die erheblichen und sogar grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten gezeigt, die noch überwunden werden müssen, wenn eine neue, wirklich endgültige Regelung des Gesamtproblems der Kriegsschulden und der Reparationen gelingen soll.

Der zu Beginn etwas theatralisch verkündete Beschluß der europäischen Gläubigermächte, für die noch sehr unbestimmte Dauer der Konferenz Deutschland einen weiteren Zahlungsaufschub zu gewähren, ist angesichts des bevorstehenden Ablaufes des Hoover-Feierjahres nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit. Wie man daraus eine Sensation machen konnte, bleibt unverständlich. Die Regierung von Papen war zuerst bemüht, diese reine Formalität als einen „ersten Erfolg“ hinzustellen, womit nur aufs neue dokumentiert wird, wie bescheiden plötzlich alle „nationalen“ Kreise geworden sind, seitdem sie selbst die Verantwortung tragen. Auch die Antwort, die der Reichskanzler selber in der Konferenz auf diese Mitteilung Macdonalds gab, schien über die reine Höflichkeit hinaus dieser Angelegenheit eine symptomatische und prinzipielle Bedeutung beizumessen, die ihr leider keineswegs zukommt.

Das sollte sich sehr bald bei der eigentlichen Generaldebatte zeigen, in der nach dem Reichskanzler der französische Ministerpräsident das Wort ergriff. Herr von Papen hatte die These seiner Vorgänger vorgetragen, wonach man mit den verfehlten Reparationsexperimenten der Vergangenheit endlich Schluß machen müsse, die nicht nur die deutsche, sondern die Weltwirtschaft zerstört hätten. Daß der Reichskanzler die Gelegenheit benutzte, um den Regierungswechsel in Deutschland damit zu begründen, daß man angesichts der allgemeinen Radikalisierung „noch einmal den Versuch gemacht“ habe, „die lebendigen, aufbauwilligen Kräfte der Nation zusammenzufassen“, war ebenso überflüssig wie unberechtigt. Denn die ganze Welt weiß, daß diese Regierung höchstens auf die Unterstützung der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen sowie einiger tausend Großgrundbesitzer

Nichts für uns – alles für die Republik!

Das Reichsbanner ruft zum Abwehrkampf

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veröffentlicht den folgenden Aufruf:

Kameraden! In allen Ortsvereinen sind die Schutzformationen sofort neu aufzustellen. Der Auflösungsbefehl vom 14. April d. J. wird hiermit widerrufen, die Organisationsbestimmungen treten wieder in Kraft. Bis Sonntag, den 26. Juni, muß überall im Reich der Stand vom 13. März 1932 wiederhergestellt und jede Formation zur Uebernahme neuer Aufgaben bereit sein. Die am 8. Mai angeordnete Mitgliedersperre ist aufgehoben. Die Mitgliederwerbung für die Stammformationen ist mit Nachdruck sofort zu beginnen, alle Vorbereitungen für die Neuaufstellung von Schutzformationen sind unverzüglich zu treffen.

Tausende und aber Tausende junger Männer sind in den Organisationen der Eisernen Front. Wir rufen ihnen zu: Euer Platz ist jetzt in den Schutzformationen!

Kameraden! Es war nicht unser Wille, eine neue Mobilisierung der Schufo durchzuführen. Wir sind und bleiben Gegner von Privatarmeen. Nicht, um selbst Staatsgewalt zu sein, haben wir uns zusammengeschlossen. Unser Ziel war und bleibt:

die Autorität der deutschen Republik nach außen und nach innen zu stärken und zu festigen.

Wir kennen aus der Erfahrung von mehr als zehn Jahren die Gefahren, die dem Staat und jedem einzelnen Bürger aus der Bildung privater Armeen drohen. Aus dieser Erkenntnis [illegible] der Regierung Brüning-Groener-Dietrich die Auflösung der „nationalsozialistischen“ Privatarmee anordnete, auf der Stelle unsere Schutzformationen aufgelöst. Wir lebten der Hoffnung, endlich uns ganz aufbauender Arbeit widmen zu können.

Auf Grund privater Parteiabmachungen hat die Regierung v. Papen - v. Gayl - v. Schleicher dem Herrn Reichspräsidenten den nach unserer Ueberzeugung verderblichen Rat gegeben, die Privatarmee eines Mannes wieder erstehen zu lassen, der schon einmal, im Jahre 1923, den Bürgerkrieg entfesselte. Mißbrauch der Demokratie ist die Grundlage der sogenannten nationalsozialistischen Bewegung.

In Theorie und Praxis ist Gewaltanwendung gegen Staat und Bürgerschaft die Aufgabe, die ihrer Parteiarmee gestellt ist.

Wir lassen uns im Gebrauch unserer Bürgerrechte durch organisierten Terror nicht beschränken! Wir nehmen alle Rechte in Anspruch, die irgendeiner anderen politischen Gruppe gegeben werden!

Die Nationalsozialistische Partei und ihre Armee, ausgerüstet und ausgehalten von privatkapitalistischen Interessentengruppen, zerspaltet die deutsche Nation, zerbricht alle nationale Willensbildung nach außen und nach innen.

Die volle Verantwortung für die aus der [illegible] einer Privatarmee notwendigerweise [illegible] Gefahren für das ganze deutsche Volk trifft die gegenwärtige Reichsregierung.

Hohn und Spott für die Hungernden und Darbenden in Deutschland ist es, wenn den Kriegsbeschädigten, den Witwen, Waisen und Invaliden die Bezüge gekürzt, die Erwerbslosenunterstützungen herabgesetzt, Löhne und Gehälter wieder und wieder abgebaut werden; wenn versichert wird, daß die Steuerkraft aller Schichten des Volkes erschöpft sei, und dennoch eine Gruppe politischer Interessenten in der Lage ist, Millionensummen aufzubringen, um ihre Privatarmee mit neuen Paradeuniformen auszurüsten.

Gegen das Paradieren setzen wir den Willen, die furchtbare Wirtschaftskrise zu überwinden.

Gegen die Verschwendung von Geldern, die der Volkswirtschaft entzogen werden, setzen wir den Ruf nach Arbeit.

Gegen die Organisationen einer Terrorarmee setzen wir den Entschluß, die neu entstandene Bürgerkriegspsychose zu brechen.

Gegen die Zerspaltung der Nation setzen wir die Liebe zum deutschen Volk.

Gegen das Wortchristentum setzen wir die tätige Hilfe für die Mühseligen und Beladenen.

Gegen die Herrschsucht von Interessentenklüngeln steht unsere Bereitschaft zum Dienst am Volksganzen!

Zusammenschließen, Kameraden! Härter die Faust um den Fahnenschaft! Hoch die Fahne Schwarz-Rot-Gold! Nichts für uns! Alles für die deutsche Republik!

Magdeburg, den 18. Juni 1932.

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

J. A.: Karl Höltermann

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19320618/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG